



11. A Eingereichte Motion der SVP-Fraktion und der FDP/JII-Fraktion vom 19. September 2022: Neue staatliche Aufgaben nur noch bei klaren Mehrheiten

Motionstext:

"Neue staatliche Aufgaben nur noch bei klaren Mehrheiten

Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt, zu Händen des Stadtrates eine Vorlage mit folgendem Inhalt auszuarbeiten. Die Anhandnahme einer neuen öffentlichen Aufgabe der Stadt Langenthal, sei es durch eine reglementarische Grundlage oder durch Beschluss, ist nur noch bei einem zu definierenden qualifizierten Mehr im Stadtrat möglich.

Begründung: Seit Jahren weist Langenthal ein strukturelles Defizit auf, dessen Auswirkungen nur aufgrund des nach wie vor bestehenden Eigenkapitals abgedeckt werden können. Allein im Budget 2022 ist für den allgemeinen Haushalt ein Aufwandüberschuss von Fr. 5'390'100.00 vorgesehen. Das politische Leben auf Kosten des Eigenkapitals kann allerdings kein Dauerzustand sein. Bereits hat der Gemeinderat angekündigt, die Steuern auf 1.44 erhöhen zu wollen.

In Zeiten angespannter finanzieller Verhältnisse muss sich die Stadt auf ihre Kernaufgaben und Kernkompetenzen fokussieren. Neue Aufgaben an die Hand zu nehmen, welche bislang die Zivilgesellschaft erfüllt hat, kann zwar im Einzelfall auch bei Defiziten in der Stadtrechnung sinnvoll sein. Hierfür soll aber eine klare politische Mehrheit im Parlament erforderlich sein, welche über die üblichen politischen Gräben hinausreicht.

Nimmt die Stadt Langenthal eine neue öffentliche Aufgabe an die Hand, sei es durch Reglement oder Beschluss, soll dies demnach nur noch mit einem qualifizierten Mehr im Stadtrat möglich sein (nebst den anderen bestehenden Voraussetzungen). Das bernische Gemeinderecht sieht diese Möglichkeit vor (Art. 12 Abs. 2 GV). Bisherige öffentliche Aufgaben sind davon unberührt, ebenso wenig sind Volksabstimmungen betroffen. Welches qualifizierte Mehr das richtige ist (z.B. ein Quorum von 21 zustimmenden ParlamentarierInnen oder von drei Fünftel aller Stadtratsmitglieder analog der Hürde zur Ausserkraftsetzung der Schuldenbremse im Kanton), soll nach Annahme der Motion im politischen Diskurs vertieft und geklärt werden."

SVP-Fraktion / FDP/JII-Fraktion
(Erstunterzeichnender: Patrick Freudiger)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat
